Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14101**

19. Wahlperiode 16.10.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Renata Alt, Grigorios Aggelidis, weiter Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/8542 –**

Digitalisierung trifft auf Diplomatie – Innovationsbotschafter entsenden

A. Problem

Digitalisierung, Automatisierung und Künstliche Intelligenz sind für alle Gesellschaften weltweit zentrale Herausforderungen der Gegenwart, Transnationale Unternehmen werden zu globalen Akteuren und technologische Entwicklungen wirken zunehmend auf die internationale Politik ein. Auch die deutsche Außenpolitik wird aus Sicht der Antragsteller durch die zunehmende Vernetzung der Welt beeinflusst. Notwendig sei eine Diplomatie zwischen Staaten und Unternehmen der Informationstechnologie, da Technologieunternehmen heute einflussreicher als Nationalstaaten sein könnten. Staaten müssten die aktuellsten technologischen Entwicklungen im Blick behalten und mit den führenden Unternehmen im Dialog stehen. In Deutschland fehle es im Bereich der technischen Entwicklung jedoch oft an Innovationen und Investoren; es drohe hier den Anschluss zu verlieren.

Aus Sicht der Antragsteller muss die Bundesregierung daher eine Technologieaußenpolitik entwickeln, um Technologievorausschau und Technologiebewertung für deutsche Unternehmen möglich zu machen. Dem Beispiel von Dänemark und Frankreich folgend sollten „Innovationsbotschafter“ in die Zentren der Tech-Industrien wie das Silicon Valley, Shenzhen, Tel Aviv, Singapur und Daejeon entsendet werden, damit Deutschland bei der Digitalisierung wieder Anschluss an die Weltspitze finde. Die deutschen Auslandsvertretungen sollten durch die Schaffung digitaler Abteilungen und den Austausch mit vor Ort ansässigen Unternehmen zum Ausbau der Digitalkompetenz beitragen.

Die Bundesregierung soll darüber hinaus aufgefordert werden,

- mit den an den High-Tech-Standorten ansässigen Universitäten in Kontakt zu treten und einen Studentenaustausch mit Deutschland zu fördern;

- den Austausch von KMU mit Unternehmen an den High-Tech-Standorten mithilfe bereits vorhandener Fördermitteln zu unterstützen;
- eine engere Verzahnung mit den deutschen Außenhandelskammern anzustreben;
- sich gemeinsam mit den europäischen Partnern für eine Fortführung der Digitalen Agenda nach 2020 einzusetzen;
- ein „Frühwarnsystem“ für aufkommende Trends in Wissenschaft und Forschung zu etablieren und
- das „German Academic International Network“ auch auf Europa und Asien zu übertragen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf **Drucksache 19/8542** abzulehnen.

Berlin, den 16. Oktober 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Daniela De Ridder
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Andreas Nick
Berichterstatter

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatterin

Petr Bystron
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatterin

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Andreas Nick, Dr. Daniela De Ridder, Dr. Roland Hartwig, Renata Alt, Stefan Liebich und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/8542** in seiner 89. Sitzung am 21. März 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Digitalisierung, Automatisierung und Künstliche Intelligenz sind für alle Gesellschaften weltweit zentrale Herausforderungen der Gegenwart, Transnationale Unternehmen werden zu globalen Akteuren und technologische Entwicklungen wirken zunehmend auf die internationale Politik ein. Auch die deutsche Außen-politik wird aus Sicht der Antragsteller durch die zunehmende Vernetzung der Welt beeinflusst. Notwendig sei eine Diplomatie zwischen Staaten und Unternehmen der Informationstechnologie, da Technologieunternehmen heute einflussreicher als Nationalstaaten sein könnten. Staaten müssten die aktuellsten technologischen Entwicklungen im Blick behalten und mit den führenden Unternehmen im Dialog stehen. In Deutschland fehle es im Bereich der technischen Entwicklung jedoch oft an Innovationen und Investoren; es drohe hier den Anschluss zu verlieren.

Aus Sicht der Antragsteller muss die Bundesregierung daher eine Technologie-außenpolitik entwickeln, um Technologievorausschau und Technologiebewertung für deutsche Unternehmen möglich zu machen. Dem Beispiel von Dänemark und Frankreich folgend sollten „Innovationsbotschafter" in die Zentren der Tech-Industrien wie das Silicon Valley, Shenzhen, Tel Aviv, Singapur und Daejeon entsendet werden, damit Deutschland bei der Digitalisierung wieder Anschluss an die Weltspitze finde. Die deutschen Auslandsvertretungen sollten durch die Schaffung digitaler Abteilungen und den Austausch mit vor Ort an-sässigen Unternehmen zum Ausbau der Digitalkompetenz beitragen.

Die Bundesregierung soll darüber hinaus aufgefordert werden,

- mit den an den High-Tech-Standorten ansässigen Universitäten in Kontakt zu treten und einen Studentenaustausch mit Deutschland zu fördern;
- den Austausch von KMU mit Unternehmen an den High-Tech-Standorten mithilfe bereits vorhandener Fördermitteln zu unterstützen;
- eine engere Verzahnung mit den deutschen Außenhandelskammern anzustreben;
- sich gemeinsam mit den europäischen Partnern für eine Fortführung der Digitalen Agenda nach 2020 einzusetzen;
- ein „Frühwarnsystem" für aufkommende Trends in Wissenschaft und Forschung zu etablieren und
- das „German Academic International Network" auch auf Europa und Asien zu übertragen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat die Vorlage 19/8542 in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 16. Oktober 2019

Dr. Andreas Nick
Berichterstatter

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatterin

Dr. Roland Hartwig
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatterin

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter